

Zeitschrift: Illustrierte schweizerische Handwerker-Zeitung : unabhängiges Geschäftsblatt der gesamten Meisterschaft aller Handwerke und Gewerbe

Herausgeber: Meisterschaft aller Handwerke und Gewerbe

Band: 37 (1921)

Heft: 26

Rubrik: Volkswirtschaft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

das Siedlungsprojekt Hettlingen, Oberfurrthal und Erlenhof. Als größere Arbeit ist zu nennen die Melioration im Stammheimetal. Auf dem Gebiete des Tiefbaues sind eine Reihe von Bauten noch im Gange; für neue Projekte werden die Kreditvorlagen vorbereitet, so z. B. für die Fortsetzung der Straße Wallisellen-Dübendorf. Speziell für das Oberland ist als Notstandsmaßnahme gedacht der Umbau des Wehikon-er Wildbaches und die Umbau der Straße von Hinwil nach Wehikon. In Betracht gezogen werden auch Straßenwalzarbeiten. Die Ausgaben für die vorgesehenen Arbeiten im Tiefbau überschreiten den Betrag von drei Millionen. An Projekten des Hochbaues sind zu nennen der Neubau der Dermatologischen Klinik in Zürich, der eine Kostensumme von zwei Millionen erheischt; in Winterthur ist der Ausbau des Kantonsospitals geplant. Natürlich werden auch die künftigen Bundeskredite für den Hochbau benützt werden, denn die Wohnungsnot ist noch nicht überwunden. Die Frage der Arbeitslosigkeit erfüllt den Regierungsrat mit großer Sorge und das Problem beschäftigt ihn fast in jeder Sitzung. Um der Not zu steuern, bedarf es der Mitwirkung des ganzen Volkes, und der Regierungsrat appelliert deshalb an alle Parteien von rechts bis nach links, an die Gemeinden, Geschäfte und Private, dem Staate in der Lösung der großen Aufgaben zur Seite zu stehen. Von der Arbeiterschaft erwartet die Behörde, daß sie die Hand reiche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit den Achtstundentag nicht mehr starr anwende. Aber selbst mit allen vorgesehenen Notstandsarbeiten kann nicht allen Beschäftigungslosen Arbeit verschafft werden. Der Regierungsrat prüft deshalb gegenwärtig die Frage, ob es möglich wäre, ähnlich wie in Luzern, eine bis zur Hälfte reduzierte Arbeitszeit einzuführen, um eine möglichst große Zahl von Arbeitslosen zu beschäftigen.

Kurs für wirtschaftliche Arbeitsorganisation. Der Schweizerische Ingenieur- und Architektenverein veranstaltet vom 3. bis 8. Oktober 1921 in Lausanne einen öffentlichen Kurs über wirtschaftliche Arbeitsorganisation. Will unser Land durchhalten, so ist es nachgewiesenermaßen notwendig, daß wir den größtmöglichen Nutzeffekt aus jeder Arbeit ziehen, und die vielfach veralteten Arbeitsmethoden, die dieser Anforderung nicht entsprechen, ausschalten. In Lausanne werden die ersten Fachleute unseres Landes alle einschlagenden Probleme erörtern. Es wäre besonders zu wünschen, daß Kantons- und Gemeindebehörden die Leiter ihrer öffentlichen technischen Anlagen zu diesem Kurs abordnen würden; die dadurch entstehenden Kosten dürften sich reichlich lohnen. Der Kurs ist sehr sorgfältig vorbereitet.

Das Umsiedlungswerk im Wäggitäl ist laut „Glarner Nachr.“ wieder um einen Schritt vorwärts gerückt. Vorletzten Samstag tagte in dieser Sache unter Leitung von Herrn Bezirksammann Spieß in Lachen eine Konferenz, an der die Nordostschweizerischen Kraftwerke, die Stadt Zürich, der Bezirk March und die Gemeinde Innerthal vertreten waren. Auch der schwyzerische Regierungsrat hatte eine Abordnung gesandt. Herr Dr. Bernhard aus Zürich, als Vater des Projektes, orientierte die Teilnehmer an Hand von Plänen über das großzügige Werk, durch welches das Innerthal neu entstehen soll. Das Referat fesselte allgemein durch seine klare Ausdrucksweise und erschöpfendes Studium der bezüglichen Materie. Allseitig machte sich die Überzeugung geltend, daß das Projekt eine ideale Lösung des Umsiedlungsgedankens schaffe, der sich auch die Konzeptionsinhaber nicht verschließen konnten.

Wie verlautet, soll demnächst mit den Behörden von Innerthal eine Konferenz stattfinden, behufs Besprechung der nötigen Bodenabtretung. Es steht zu erwarten, daß

sich auch dieserseits eine Einigung erzielen läßt, liegt sie doch im ureigensten Interesse der Gemeinde selbst; im andern Falle müßte der Expropriationsweg betreten werden.

Arbeitslosigkeit. Die Gesamtzahl der gänzlich und teilweise Arbeitslosen in der Schweiz, die in den Kontrollen des eidgenössischen Arbeitsamtes figurieren, beläuft sich auf Ende August 1921 auf 137,491 (Ende Juli 1921 135,493, Ende August 1920 14,302).

Die Arbeitsverhältnisse im Auslande spiegeln sich in folgenden Zahlen wieder: In Frankreich betrug Ende Juli die Gesamtzahl der bei den Nachweisen für Arbeitslose unvermittelten stellenlosen Personen 19,995, in Deutschland belief sich die Zahl der unterstützten gänzlich Arbeitslosen am 1. Juli auf 316,970, in Italien waren am 1. Mai 250,145 Personen und in Belgien Ende Mai dieses Jahres 204,119 Personen arbeitslos.

Was die Kosten der Lebenshaltung anbetrifft, so sind dieselben in den Vereinigten Staaten von Nordamerika im Monat August 1921 um 32% gegenüber dem Monat Juli 1920 gesunken und stehen nun noch 45% über den im Juli 1914 notierten Ansätzen.

Verkehrswesen.

Einfuhrbeschränkungen. Der Bundesrat hat den Entwurf zu einem Bundesbeschuß genehmigt, in dem die Verlängerung der Wirksamkeit der Beschränkung der Wareneinfuhr vom 1. Januar 1922 bis 31. März 1923 vorgesehen wird. Ferner beantragt der Bundesrat, es sei dieser Beschuß als dringlich zu erklären und sofort nach der Genehmigung durch die Bundesversammlung in Kraft zu setzen.

In der Botschaft wird zur Begründung dieses weittragenden und jedenfalls auf starken Widerstand stoßenden Antrages u. a. ausgeführt, daß die allgemeine wirtschaftliche Situation in der Hauptsache noch dieselbe sei wie im Januar dieses Jahres, als der Bundesrat die Einfuhrbeschränkungen beantragt hat. Die Kurse der valutastarken Länder haben sich eher weiter verschlechtert und die Differenz zwischen der innern Kaufkraft und den äußern Kursen bestehe noch so ziemlich in gleichem Maße. Die notwendigen Gesundungsmaßnahmen der valutastarken Länder, die im Stande wären, einen gewissen Ausgleich herbeizuführen, können nur allmählich durchgeführt werden. Der Bundesrat weist vor allem darauf hin, daß mit Rücksicht auf die gegenwärtige weltwirtschaftliche Situation unsere Volkswirtschaft nicht willenlos dem Spiele von wirtschaftlichen Zufälligkeiten überlassen werden darf. Allerdings wird zugegeben, daß sich ein Anpassungsprozeß anzubahnen scheint, aber bis er seine Wirkung zeigt, wird gewisse Zeit vergehen. Pflicht der Bundesbehörde sei es, die scharfen Übergänge zu mildern. Der Bundesrat kann trotz aller Fehler, die dem bisherigen System der Einfuhrbeschränkungen anhaften, von dieser Maßnahme nicht abgehen und die Valutazuschläge nicht an seine Stelle setzen. Im großen und ganzen haben sich die Einfuhrbeschränkungen bewährt. Jedoch soll das System der Valutazuschläge nochmals auf seinen praktischen Wert hin geprüft werden, um darüber eine klarere Einsicht zu erlangen, als dieses heute der Fall ist. Bis zum 31. März 1923 dürfte auch auf wirtschaftlichem und valutarischem Gebiete eine gewisse Stabilisierung der Verhältnisse eingetreten sein. Würde diese Voraussicht nicht eintreten, so würden die eidgenössischen Räte sich neuerdings über die Fortdauer der Gültigkeit des Bundesbeschlusses auszusprechen haben. Zum Schluß sichert der Bundesrat eine periodische